

# Schwarzwälder Tageszeitung

Aus den Tannen

Fernsprecher  
Nr. 17

Wirtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnementspreis: Im Monat Juni 8 000 M., mit Zustellungsgebühr. Ein einzelnes Exemplar 600 M. Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile über dem Raum 1000 M., die Restzeile 2500 M., Wundelbetrag 1000 M. Bei längerer Dauer oder bei sonstigen Umständen des Abkommens wird der Preis herabgesetzt. Bei Bezahlung per Post ist der Rabatt inbegriffen.

Nr. 175.

Altensteig, Dienstag den 31. Juli.

Jahrgang 1923

## Umgebung der Reichsregierung.

Berlin, 30. Juli. Der Reichspräsident und die Reichsregierung haben folgende Rundgebung erlassen: In der schweren Bedrückung und Entrechtung, der die besetzten Gebiete am Rhein und an der Ruhr ausgeht, gefühlt sich dort wie im nichtbesetzten Deutschland steigende Wirtschaftskrise.

Bis zum heutigen Tage verbindet Frankreich jede Lösung der Reparationsfrage, die Deutschland auch nur das Leben weht. Durch den Einbruch ins Ruhrgebiet hat es die Wirtschaft und Finanzkraft Deutschlands aufs schwerste getroffen und erschüttert: so ist Deutschland zu einer ungeheuerlichen Vermehrung der Zahlungsmittel gegen seinen Willen gezwungen. Eine unerbittliche Entwertung des Geldes ist die Wirkung.

Zu kommen eben legt, am Ende des Erntejahres, natürliche Schwierigkeiten der Ernährungsvorsorgung, die sich in diesem Jahre, da die Ernte um mehrere Wochen verspätet ist, verschärfen.

Alle diese Nöte führen zu schweren körperlichen, schwereren geistlichen Leiden der Bevölkerung. Zwar kann nach dem Reuigen unbefangenen Urteil der Politiker und Sachverständiger des Auslandes, auch in den Gläubigerstaaten, Deutschland zu einer wirklichen Gesundung der Verhältnisse nur durch eine vernünftige Regelung der Reparationsfrage kommen. Bis dahin aber muß und wird das deutsche Volk sich aus eigener Kraft aufrecht erhalten. Die deutsche Regierung wird fortfahren, alle irgend möglichen Maßnahmen zu treffen, um dieses Ziel zu erreichen helfen.

Zunächst gilt es, die Finanzen des Reiches zu härten, um der unerbittlichen Entwertung des Geldes Einhalt zu tun.

Bei der Einkommensteuer ist bereits durch entsprechende Voranzahlung dafür gesorgt, daß nicht nur von den Lohnkassensüßlingen, sondern auch von den übrigen Einkommensverpflichtigten schon während des Veranlagungsjahres die Steuer entsprechend der Geldentwertung geleistet wird. Nach einem den gesetzgebenden Körperschaften zugehenden Gesetzentwurf sollen auch die Vermögenssteuer und die Erbschaftsteuer so gestaltet werden, daß sie der Geldentwertung folgen. Die Vermögenssteuer ist vor kurzem verdoppelt worden. Bei den Verbrauchssteuern sollen zur Erzielung ihres raschesten Einganges die erst jüngst vom Reichstag verkürzten Fälligkeitstermine auf das geringstmögliche Maß gemindert werden.

Dem Reichsrat ist bereits ein Gesetzentwurf zugegangen, der als Opfer für Rhein und Ruhr auf breiterer Grundlage von allen Leistungsfähigen im unbesetzten Deutschland durch Verwirklichung der bereits der Geldentwertung angehängten Einkommensteuervorauszahlungen große Leistungen anfordert. Diese Maßnahmen werden dem Reich rasch sehr erhebliche Einnahmen zuführen. Die Ausgabe einer wertbeständigen Anleihe soll breiten Kreisen die Möglichkeit bieten, das Sparbedürfnis zu befriedigen, sich gegen Entwertung zu sichern und so auch dem ungesunden Ansturm auf Warenvorräte und Zebisen entgegenwirken. Die auf dem Gebiete des Zebisenverkehrs beschlossenen Maßnahmen werden dahin wirken, daß Zebisen in stärkerem Umfang als bisher dem Reich zufließen und so für unentbehrliche Einfuhr, insbesondere von Lebensmitteln, reichlicher zur Verfügung gestellt werden können. Einfuhr überflüssiger Luxuswaren wird nach Möglichkeit gehemmt werden.

Die Anpassung der Löhne und Gehälter an die Geldentwertung ist bereits gesichert und wird weiter festgehalten werden. Die Reichsbank hat Maßnahmen beschlossen, die grundsätzlich die Frage des Goldkredits der Lösung näher bringen.

Die hiermit kurz gekennzeichneten Maßnahmen werden, soweit sie der Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften bedürfen, von diesen voraussichtlich im Laufe der nächsten zwei Wochen verabschiedet und sofort in Kraft gesetzt werden. Wenn auch nicht bei jeder dieser Maßnahmen die Wirkung sogleich deutlich fühlbar sein wird, als Gesamtergebnis wird, soweit es an der deutschen Regierung liegt, dadurch eine Entspannung der Wirtschaftslage eintreten.

Das deutsche Volk wird mit diesen Maßnahmen sich selbst in seinem Kampfe um Leben, Recht und Freiheit halt und Stärke geben und zugleich den Beweis erbringen, wie stark sein Wille ist, sich trotz aller auf ihn lastenden schweren Not in diesem Kampfe entschlossen zu behaupten. Angriffe gegen die staatliche Ordnung können die Lage nicht bessern, sondern nur den Weg zur Genesung erschweren. Das deutsche Volk will von solchen Störungen nichts wissen. Es will leben, arbeiten und seine staatliche Ordnung bewahren. Es ist in der Zeit schwersten Ausfalls selbst ge-

geben hat. Große und schwere Aufgaben stehen allen Ständen. Im Vordergrund steht die Sicherung der Ernährung. Für die Landwirtschaft und den Handel ist es darum staatsbürgerliche Pflicht, so schnell als möglich und in weitestem Umfange die Ernterträge dem Verbrauch zukommen zu lassen. Die Lohn- und Gehaltsbemessung von Arbeitern und Angestellten muß die Ernährung und Erhaltung der Familie ermöglichen. Auf allen Männern und Frauen des ganzen Volkes liegt die Pflicht, in klarer Besinnung die tägliche Arbeit fortzuführen und in allen Sorgen und Kummernissen der Gegenwart die Ruhe und Ordnung des Staates als die Grundlage künftigen Aufstieges unseres Volkes zu bewahren. Allen endlich, die im politischen Leben der Parteien, in der Presse oder sonst im öffentlichen Leben tätig sind, obliegt es, das Ihre zu tun, um unser Volk stark zu machen in der Erkenntnis der Ursachen und der Notwendigkeiten unserer Lage wie im Entschlusse des Aushaltens. Dienst am Vaterlande ist die beste Gewähr für das Wohl des einzelnen.

Für Deutschland haben unsere Volksgenossen am Rhein und an der Ruhr Angehöriges auf sich genommen. Sie mögen uns Vorbild sein! Wir würden sie verraten, wenn wir vom geraden Wege der Pflicht abließen. Wie sie, müssen wir ihn gehen, für Leben, Frieden und Wohlfahrt unseres Volkes, für die Freiheit Deutschlands.

Der Reichspräsident: gez. Ebert.

Der Reichskanzler: gez. Cuno.

Die Reichsminister: v. Rosenberg, Defer, Hermes, Beder, Brauns, Heinze, Gehler, Stingl, Groener, Luther, Albert.

## Regierungskrise im Reich.

Vor dem Sturz des Kabinetts Cuno.

Das steht gerade noch in einer Zeit, wo man vom Ergebnis unserer Währung, von der größten wirtschaftlichen Katastrophe aller Zeiten und aller Völker spricht, wo der Feind im Westen auf den deutschen Zusammenbruch rechnet, daß man in den politisch-parlamentarischen Kreisen Berlins einen Sturz des Kabinetts Cuno betreibt, zu dem der Reichstag hin Ja und Amen sagen soll! Ist jemals in so kritischen Zeiten, wie wir sie heute erleben, durch eine politische Krise der berichtigten „Dunststöße“ eine Besserung erreicht worden?

Gewiß ist etwas faul im Staate, ist in der Regierung Cuno nicht alles so, wie es sein sollte. Aber verstimmt man denn, daß wir unter einem außenpolitischen Druck stehen wie noch nie? Weiß man es schon nicht mehr, daß wir in den nächsten Wochen Entscheidungen über unsere ganze Zukunft zu treffen haben, wenn die Antworten der Verhandlungsmächte zur Reparationsfrage eintreffen? Und ist es schon wieder vergangen, daß bei unserem heutigen Parlamentarismus alles Regieren ein Lavieren, ein Kompromissmachen bedeutet, daß bei der inneren Verwilderung und dem Parteihader jede starke Hand auf Widerstand innerhalb der Parteien stößt? Wir haben doch seit 1918 darin allerlei Versuche von Regierungen der Sozialdemokraten und der Großen Koalition, welche letztere man wieder ins Leben rufen will.

Der Kampf geht von scheinbar wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus. Unser Währungszusammenbruch hat ihn aber nur vorzeitig entzündet. Er gilt dem Reichsfinanzminister Hermes, dem Reichswirtschaftsminister Decker und schließlich so dem Kabinetts Cuno, das sich an keine Partei gebunden achtete, wenn es auch bisher von der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft gedeckt wurde.

Wenn man von Unterlassungen und Schuld sprechen will — es handelt sich darum, daß die Regierung den Ruhereinbruch bzw. seine Abwehr nicht besser finanziert hat, daß sie nicht mehr Steuern erfährt hat, nicht mehr Ordnung in der Wirtschaft geschaffen hat, sondern die Notensprengung in Tätigkeit setzte — so ist vor allem auch von einer Schuld des Reichstags zu sprechen.

Wie dem auch sei, in Berlin macht man in Regierungskrise die „Germania“, das Zentrumsblatt, hat wie berichtet als erstes bürgerliches Blatt den Vorstoß eingeleitet, obgleich die Partei, das Zentrum, nicht dahinter stehen soll. Aber es gibt Stimmungen des Zentrums wieder.

Die Berliner „Funktionäre“ der Sozialdem. Partei haben eine Entschärfung gefordert, die sozialdemokratische Fraktion möge in eine entschiedene Opposition treten und den Sturz des Kabinetts Cuno herbeiführen. Nicht minder bemerkenswert ist jedoch ein Artikel des Abg. Hermann Müller im „Vorwärts“, der

andemanderseht, warum die Sozialdemokratie die Regierung Cuno seither unterstützt hat und worauf es für seine Partei jetzt ankommt. Wenn es zum Sturz der Regierung Cuno kommen sollte, so müsse die neue Regierung eigentlich sofort bereitstehen, und die Sozialdemokratie werde sich einer tätigen Mitarbeit nicht entziehen können. Mit anderen Worten heißt das: die Sozialdemokratie muß bereit sein, in die Reichsregierung einzutreten und die „Große Koalition“ zu bilden. Vielleicht wird sich das rasch entscheiden, ob sie bereit sein wird. In Berlin redmet man hart darauf und beschäftigt sich schon mit der Zusammenziehung der künftigen Regierung.

Aus Berlin schreibt man noch:

Es ist kaum anzunehmen, daß Deutschland in den nächsten Tagen in eine längere Regierungskrise kommen wird, denn das neue Kabinetts steht, was die Beteiligung der Parteien anbetrifft, bereits fertig da. Während die bisherige Regierung sich auf die sogenannte kleine Koalition, d. h. auf die Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten stützte, wird das neue Kabinetts die Große Koalition als Grundlage haben. Ein Kabinetts Vize-Stresemann ist sehr in den Bereich des Wahrscheinlichen gerückt. Allerdings ist noch beim Reichstagspräsidenten Lobe selbst einiger Widerstand zu überwinden, denn Lobe will nicht den Präsidentensessel im Reichstag verlassen. Stresemann wird natürlich das Portefeuille des Auswärtigen übernehmen, während das Reichsfinanzministerium für den sozialdemokratischen Abgeordneten Hüferding vorbehalten werden soll. Das Zentrum scheint für das Wirtschaftsministerium oder für eine ähnliche Stellung den Abgeordneten Lange-Hegermann in Aussicht zu haben. Jedenfalls scheint dieser in das neue Kabinetts eintreten zu sollen. Bei den Sozialdemokraten scheint vor allem der Wunsch, den Abgeordneten Severing in die Reichsregierung herüberzubringen, vorhanden zu sein, doch ist Severing selber überzeugung, daß er in der preussischen Regierung unakkommodiert ist. Auch Dr. Breitscheid, der u. S. P. Kandidat, wird als Minister genannt.

Bemerkenswert bleibt noch die Haltung Dr. Stresemanns, des vollparteilichen Führers, der der Sozialdemokratie Rosen freit. In einem Artikel der „Zeit“ weist er auf das politische Verdienst hin, das sich die Sozialdemokratie erworben hat, wenn sie in der Zeit dieser außenpolitischen Verdrängnis der Oppositionslust im eigenen Lager entgegentrat. Habe doch die außenpolitische Front im Reichstag gehalten. „Wer die Verhältnisse in der Sozialdemokratie kennt“ — so fährt er dann fort — „wird Verständnis haben für die Schwierigkeiten, die die sozialdemokratische Führung gerade angesichts der Fusion mit den Unabhängigen gehabt haben muß, wenn sie gegenüber der oft ungezügelter Agitation der eigenen Presse im eigenen Lande und der Stimmung der Wähler doch jene ruhige Außenpolitik vertrat, wie dies im Reichstag seit dem Ruhereinbruch geschehen ist.“

Man muß zunächst zugeben, bis die Verhältnisse klarer werden. Jetzt steht nur, daß Stresemann als der neue und kommende Mann gilt. Durch seine politische Haltung in den letzten Jahren hat er bei den Parteien der Sozialdemokraten und des Zentrums starke Sympathien erlangt, wenn seine Auffassungen auch vielfach mit der Politik seiner Partei nicht ganz übereinstimmen.

## Neues vom Saac.

Die Deutsche demokratische Partei für Festmar.

Berlin, 30. Juli. Der Hauptvorstand der Deutschen demokratischen Partei, der wegen des Ernstes der Lage zusammentrat und in Gegenwart der der Partei angehörenden Reichs- und Staatsminister tagte, nahm nach Vorträgen der Parteivorsitzenden Dr. Petersen, Erlesen und Dr. Fischer und nach eingehender Aussprache folgende Entschlüsse einstimmig an:

1. Die Wirtschaft des Reichs, der Länder, der Gemeinden, sowie die Einzelwirtschaft ist auf einer rechenschaftsmäßigen Festmarl aufzubauen. Die Festmarkrechnung ist für alle Steuern, Löhne, Gehälter und in der kaufmännischen Buchführung im Groß- und Einzelhandel einzuführen. Mit dieser Umgestaltung der Finanz- und Währungsposition ist ohne Verzug zu beginnen, um die schmerzliche Erhebung der sofort wirksamen direkten Steuern, insbesondere der Sonderversteuerung für den Ruhrabwehrkampf zu ermöglichen und um der Wirtschaftsführung jedes einzelnen eine feste Grundlage zu schaffen. Sofort sind



zur Eindämmung der Inflation wertbeständige, allen Volksschichten zugängliche Anleihen aufzulegen.  
2. Die Erfüllung dieser Forderung wird den Deutschen am Rhein und Ruhr den unbefangenen Willen des ganzen Volkes zeigen, mit ihnen im Kampf für die Einheit und die Freiheit unseres Volkes auszuhalten.

Die Vertreter der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft traten am Samstag im Reichstag zu einer Sitzung zusammen, um die politische Lage zu erörtern und zu den Finanzentwürfen Stellung zu nehmen. Man wurde darüber einig, den Reichsfinanzminister durch eine Abordnung wissen zu lassen, daß die Parteien der Arbeitsgemeinschaft die beschleunigte Erhebung des von der Regierung geplanten Rheins und Ruhrpfeils und die Auflegung der ebenfalls beabsichtigten Goldanleihe des Reiches in möglichst großem Ausmaß wünschen.

**Der Fernbrief im September 3000 Mark.**  
Berlin, 30. Juli. Im Reichspostministerium ist die angeforderte Vorlage über die neue Postgebührenhöhung, die am 1. September in Kraft treten soll, soeben fertiggestellt worden. Die von der Reichspostverwaltung vorgeschlagene Erhöhung sehr durchweg einen 200prozentigen Aufschlag auf die am 1. August in Kraft tretenden Gebühren vor. Danach soll ab 1. September der Fernbrief 3000 M., die Fernpostkarte 1200 M. kosten. Bei den Telegrammgebühren wird eine Grundgebühr von 4800 und eine Wortgebühr von 2400 M. vorgeschlagen. Die Ortsgebühr im Fernsprechverkehr soll auf 1500 M. festgesetzt werden. Die Jahresgrundgebühr für Fernsprechanschlüsse soll von der neuen Erhöhung zunächst nicht betroffen werden. Zur Begründung der neuen Vorlage führt die Reichspostverwaltung an, daß der Jahresfehlbetrag der Reichspost, der bei der Festsetzung der am 1. August in Kraft tretenden Gebühren 5,9 Milliarden M. betrug, inzwischen auf ungefähr 30 Milliarden M. angewachsen ist. Die Aufwendungen, die der Reichspostverwaltung mit den letzten Erhöhungen der Dienstleistungen der Beamten und Staatsarbeiter erwachsen, belaufen sich auf das Jahr gerechnet auf ungefähr 20 Milliarden M. Die jährlichen Ausgaben betragen ungefähr 5 Milliarden M. Gegenwärtig finden im Reichspostministerium Beratungen darüber statt, wie eine gewisse Wertbeständigkeit der Tarife erreicht werden kann. Es ist beabsichtigt, bestimmte Grundzahlen für die Gebührensatzung, die es gestattet, mittels einer zu errechnenden Schlüsselzahl die Gebühren der Teuerung schneller als bisher anzupassen, aufzustellen. Die Anregung hierzu ist vom Verkehrsbeirat ausgegangen, der auch in der ersten Hälfte des August in dieser Frage gehört werden soll.

**Die Kommunisten im besetzten Gebiet.**  
Bielefeld, 30. Juli. In allen Städten des besetzten Gebietes ist der Propagandaapparat der Kommunisten ruhig verlaufen. In Herne ist der Straßenbahnverkehr wegen des Kommunistenunzuges verboten worden. In Dortmund mit der Möglichkeit gerechnet wird, daß in den nächsten Tagen ein Aufstand der Einsatzabteilungen stattfindet, hat die Besatzungsbehörde sich damit einverstanden erklärt, daß die Polizei auf zwei Tage in ihrer alten Bewaffnung den Dienst versieht.

**Einkriegung der Technischen Komitee in Königsberg.**  
Berlin, 30. Juli. Infolge von Lohnstreitigkeiten brach in 24 Gärten des Kreises Soldin ein Landarbeiterstreik aus. Während die Streikenden die Roten Handarbeiten zunächst selbst verrichteten, legten sie, nachdem der Landrat die Unterbringung der Ernte gleichfalls als Notstandsarbeiten erklärt hatte, jegliche Arbeit nieder. Die Viehhaltung und die Erntearbeiten wurden von der Technischen Rothilfe übernommen.

**Französische Spielereien.**  
Aus dem Ruhrgebiet, 30. Juli. Die „Reitmänner Reituna“ ist auf 8 Tage verboten worden, weil sie

eine Kundgebung des kommunistischen Generats in der 3. Seite veröffentlicht hatte anstatt auf der 1. Seite.

**Reb: der belgischen Antwort in Paris.**  
Paris, 30. Juli. Die belgische Botschaft hat am Sonntag vormittag dem Direktor am Quai d'Orsay, Peretti della Rocca, die Antwort ihrer Regierung auf die Note Lord Curzons übergeben. Die Unterredung, an der auch Ministerialdirektor Seydoux teilnahm, dauerte bis zum Mittag. Poincare ist der Inhalt der Note mitgeteilt worden.

**Die Konferenz von Sinaia.**  
Paris, 30. Juli. Der Balkan-Verichterstatter des „Echo de Paris“ schreibt über die Konferenz von Sinaia: Diese Konferenz besaß sich, von den besetzten Gegenständen abgesehen, mit der Schaffung einer neuen Gruppe, die den Namen Balkan-Block erhalten soll. Man weiß, daß die kleine Entente als wesentliches Ziel die Beibehaltung des Vertrages von Trianon verfolgt und zugleich Ungarn große Aufmerksamkeit schenkt. Die neue Gruppe dagegen werde ihr Augenmerk auf den Vertrag von Neuille richten, da sie mit einem eventuellen Vorgehen Bulgariens rechne. Die Mitglieder dieses Balkan-Blocks werden sein: Jugoslawien, Rumänien und Griechenland, dessen internationale Stellung seit dem Lausanne-Frieden viel klarer ist.

**Ein französischer Spion verhaftet.**  
Gera, 30. Juli. Am Sonntag wurde hier ein französischer Spion festgenommen und dem Untersuchungsrichter zugeführt. Soweit zu erfahren war, hat man bei ihm Dokumente der französischen Regierung gefunden, aus denen hervorgeht, daß er beauftragt war, die Stimmung in den Thüringer kommunistischen Kreisen festzustellen. Der Spion sollte u. a. auslandschaften, wie sich die Thüringer Kommunisten zu einer etwaigen Belegung Mitteldeutschlands durch die Franzosen stellen würden.

**Beschlagnahme von Reichsbankgeldern in Bingen.**  
Bingen, 30. Juli. In Bingen beschlagnahmten die Franzosen 405 Millionen M. bei der Reichsbank und 76 Millionen M. beim Postamt.

**Die deutschen Geiseln.**  
Brüssel, 30. Juli. Eine Brüsseler Zeitung veröffentlicht eine Nachricht, nach welcher seit dem 27. Juli Mitternacht deutsche Bürger als Geiseln in die Hände gefesselt werden, die den Dienst zwischen Aachen, Münden-Bladbach, Reuß und Krefeld versehen. Ein Deutscher bürgt immer für die Sicherung zweier Wagen. Den Geiseln ist es untersagt, den Zug zu verlassen, in dem sie Platz genommen haben und sie werden vom Jungpersonal persönlich überwacht.

**Pariser „Bedauern“.**  
Paris, 30. Juli. Die Pariser Mäppler stellen mit Bedauern fest, daß der vergangene Sonntag in Berlin wie im ganzen Reich ohne größere Störungen verlaufen sei. Zusammenstöße mit nachteiligen Folgen aller Art, die so gut in die französische Politik passen würden, hätten sich nicht ereignet.

**Vor einer Erklärung Baldwin.**  
London, 30. Juli. Es ist wahrscheinlich, daß am Dienstag im Unterhaus eine Aussprache über die Reparationsfrage stattfinden wird, da die Regierung damit rechnet, die französische und belgische Antwort zu erhalten. Man glaubt, daß Baldwin am Dienstag nach Schluß der Aussprache eine wichtige Erklärung abgeben wird.

**Kamesch Racedona id hielt am Sonntag in South Shields eine Rede, in der er erklärte, daß die englische Arbeiterpartei mit Freuden von der neuen Politik der englischen Regierung Kenntnis genommen habe. Wenn in der Reparationsfrage nicht unüberwindlich etwas unternommen werde, sei mit einer Revolution in Deutschland zu rechnen.**

### Die deutschen Eisenbahnen 1910 bis 1920.

Der Reichsverkehrsminister hat in diesen Tagen unter dem Titel „Die deutschen Eisenbahnen 1910/1920“ ein Werk veröffentlicht, in dem die Leistungen der deutschen Eisenbahnen in dem letzten Jahrzehnt des Staatsbahnsystems, das am 1. April 1920 durch das Reichseisenbahnsystem ersetzt worden ist, dargestellt werden. Das Buch schließt an die Berichte, die seinerzeit die preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten über die Verwaltung der öffentlichen Arbeiten in Preußen in den Jahren 1890—1900 und 1900—1910 herausgegeben haben. Während diese Berichte sich auf das ganze Gebiet der öffentlichen Arbeiten, also außer den Eisenbahnen auch auf die allgemeine Bauverwaltung erstrecken, behandelt das vorliegende Werk nur die Eisenbahnen, aber außer den preussisch-preussischen auch die Staatsbahnen der übrigen deutschen Länder, die Privatbahnen und die Kleinbahnen von ganz Deutschland. Eine kurze Geschichte der ehemaligen Reichsbahn in Elsaß-Lothringen von ihrer Uebernahme durch das Reich bis zu ihrer Rückgabe an Frankreich ist als Anhang beigelegt.

In den Zeitraum, der die Darstellungen umfaßt, fällt die glänzende Entwicklung des deutschen Eisenbahnwesens vor dem Kriege, die Kriegsjahre 1914—1918 und die ersten Jahre nach Friedensschluß. Den breiten Raum nimmt die Darstellung der Leistungen der Eisenbahnen während des Krieges in Anspruch. In 28 Anlagen sind die statistischen Unterlagen der Darstellung in Tabellenform zusammengestellt. Die Darstellung ist durch eine große Anzahl von Abbildungen geschmückt. Eine Uebersichtskarte der deutschen Eisenbahnen nach dem Stande vom 1. April 1920 ist beigelegt.

Nach durchweg amtlichen Quellen werden die geologischen Leistungen der deutschen Eisenbahnen während des Krieges zum ersten Mal im Zusammenhang dargestellt. Nach der glänzenden vollzogenen Mobilmachung sahen sich die Eisenbahnen vor immer neuen Aufgaben. Wir erfahren, wie es ihnen gelungen ist, aller der Schwierigkeiten im Betriebe und Verkehr Herr zu werden, einen ordnungsmäßigen Betrieb auch für den bürgerlichen Verkehr aufrecht zu erhalten und daneben allen Ansprüchen der Heeresverwaltung, die natürlich stets im Vordergrund standen, gerecht zu werden. In der Tarifpolitik haben sich die deutschen Staatsbahnen als erstes Hauptziel die Hebung und Förderung des Personen- und Güterverkehrs in dem durch die Blockade vom Ausland ausgeperrten Lande gesetzt und demgegenüber die Sorge für die Finanzen in den Hintergrund gestellt. Erst in den zwei letzten Kriegsjahren, als die Ausgaben sich immer vermehrten und die Einnahmen mit dieser Steigerung nicht mehr Schritt hielten, entschloßen sich die Eisenbahnen auch zur Erhöhung der Frachttarife.

Der Reichseisenbahnminister hat es als eine Ehrenpflicht erachtet, den deutschen Eisenbahnen in diesem Buch ein Denkmal zu errichten, in dem ihre Leistungen auch in diesen fürchterlich schweren Zeiten geschildert und der Nachwelt zum bleibenden Gedächtnis überliefert werden. Auch in diesen Prüfungsjahren hat sich die deutsche Staatspolitik glänzend bewährt. Es war nicht Schuld der Eisenbahnen, sondern es war eine Folge aller politischen Verhältnisse nach Beendigung des Krieges und Ausbruch der Revolution, daß auch die Staatsbahnen Ende 1918 zusammenbrachen. Die beiden folgenden Jahre genügten nicht, um das in seinen Grundfesten erschütterte Gebäude wieder aufzurichten und der Verwaltung der Reichsbahn mußte die schwere Aufgabe hinterlassen werden, das deutsche Eisenbahnwesen allmählich wieder der Höhe zuzuführen, auf der es vor Ausbruch des Krieges gestanden hatte.

**Exzerpt.**  
Die Gegenwart des Glenden ist dem Glücklichen zur Last und auch der Glückliche, dem Glenden noch mehr.  
Goethe.

## Was mein einst war.

Nom von Fr. Schue.  
(58) (Nachdruck verboten.)

Marie Langemann hatte Erdmüte öfter mit Thilo in angeregter Unterhaltung gesehen.  
„Sicherlich gibt es bald wieder Verlobung auf dem Schlosse; es ist Besuch da! Die Baroness scheint sich schnell getraut zu haben!“ sagte sie geistig zu Karl Gänther, als sie beim Vesper saßen; „ich glaube, ein Vetter ist es; er hat nur einen Arm, ist aber sonst ein hübscher Herr.“  
Marie war nicht mehr besonders gut auf Erdmüte zu sprechen. Es kam wohl daher, daß die Baroness an Langemanns Hause vorüberging, ohne ihr, wie früher, eine freundliche Anrede zu gönnen; nur freiz und kühl dankte sie auf des Mädchens Gruß.  
Ohne auf Mariens unfreundliche Auslassungen über Erdmüte einzugehen, trank Karl Gänther kühl-schweigend seinen Kaffee und aß sein Brot. Dann ging er wieder hinaus, um weiterzuarbeiten.  
Seit jener Begegnung mit Erdmüte im Walde war sein inneres Gleichgewicht, zu dem er sich mühsam durchgerungen, wieder erschüttert. In deutlich hatte er ja in Erdmüte lesen können, und die Erkenntnis, daß das stolze Mädchen ihn liebte, erfüllt ihn mit Seligkeit und Schmerz. Er mußte fortan ihren Weg meiden — denn etwas anderes, das war undenkbar, ganz ausgeschlossen — auch wenn er sich entbedt und gesagt hätte, wer er eigentlich war! Getrost hätte er um die Tochter des Barons von Eggersdorf werden dürfen, wäre er kaum betrocknen! Aber als Knecht Jakob Danael-

manns — das bildete eine Kunst, die nicht zu überbrücken war — über die er nicht mehr zur Vergangenheit zurückkonnte! Darum mußte er schweigen!  
Er nahm seine Sense, um auf der Wiese neben Mariens Gärtchen noch etwas frisches Futter zu mähen. Von weitem sah er da Erdmüte mit einem Herrn vom Dorfe zurückkommen; zum ersten Male sah er sie seit jener unübergeklärten Stunde wieder; wie von einem Heiligenschein umflossen, schritt sie im goldenen Licht der Wägen Nachmittagsonne.  
Ohne aufzuhören, mußte er ernst, schwer und unregelmäßig dümmerte ihm das Herz gegen die Rippen. Wie gern hätte er einen Blick mit ihr ausgetauscht — aber er fürchtete sich davor: — ihrewegen! Damit diese Begegnung mit ihm jetzt nicht etwa beschämend auf sie wirken würde, nach dem, was zwischen ihnen unfaßbar schwebte.  
Und Erdmüte hatte ihn auch gesehen. Sie hatte das Empfinden, als müsse sie umkehren — sie konnte doch nicht so an ihm vorbeigehen — da stand er und tat Knechtsarbeit — wie war das alles widersinnig, lächerlich! Gut, daß sie nicht allein, sondern in Begleitung des Vettters war —!  
Je näher sie ihm kam, desto zögernder wurden ihre Schritte — ob er wohl aufsehen und sie dann grüßen würde? Sie wartete darauf und fürchtete sich doch davor!  
Und dann war es so weit — sie war in seine Nähe gekommen. Er hörte mit Wähen auf und zog ehrerbietig grüßend die Mütze.  
Sie schloß ihr tiefes Erröten, als sie dankend den Kopf neigte — wie sein schmerzlich schuldiges Blick sie ergriff!  
Höflich hatte Thilo mitgedankt, aber dabei kaum nach dem Ranne blickend. Gleichgültig, interesselos waren seine Augen über ihn hinweggeglitten beim Vorbeigehen.  
Nach wenigen Schritten fiel ihm etwas ein; er blieb stehen und suchte in seiner Erinnerung. „Das war doch —“ murmelte er vor sich hin. „aber nein, das

ist doch unmöglich —“ er schüttelte den Kopf und sah sich um nach dem Wähenden.  
„Was ist denn, Thilo?“ fragte Erdmüte verwundert.  
„Ich weiß nicht — eine Rehnlichkeit mit einem längst Toten — oder doch —“ sag mal, Erdmüte, kennst du den Mann, der dort mäht —?“ einigermaßen aufgeregt klang Thilos Stimme.  
„Ein Knecht ist es bei einem kleinen Bauern Dangelmann hier —“ entgegnete sie selbstquälerisch. „Karl Gänther heißt er, so viel ich weiß —“  
„So, Karl Gänther nennt er sich —? Das werden wir gleich haben —“ und dann kehrte Thilo, einer plötzlichen Eingebung folgend, wieder um, indessen Erdmüte ihm langsamer folgte.  
Zu ihrem Erstaunen ging der Vetter geradewegs auf Karl Gänther zu, blieb vor ihm stehen und musterte ihn eingehend. Dann streckte er ihm die Hand entgegen.  
„Mensch, sind Sie es wirklich? Sie leben doch noch — und hier muß ich Sie widersprechen —“ rief Thilo in höchster Ueberraschung aus.  
Erdmüte hatte zwar nicht verstanden, was er gesagt — doch aus allem schloß sie, daß Thilo Karl Gänther kennen mußte — der Herzschlag setzte ihr beinahe aus — was würde sie erfahren? Würde ihr durch Thilo des Rätsels Lösung werden?  
Sie war jetzt in der Nähe der beiden Herren; sie sah wie Karl Gänther, blaß geworden, mit einer plötzlichen Verwirrung kämpfte — dann hatte er sich aber wieder in der Gewalt — wie eine Maske lag es über seinem Gesicht, während Thilo in lebhafter Erregung weiter auf ihn ein sprach und ihn mit seiner einen Hand sogar an der Schulter packte —  
„Willst du, Mensch, so stehen Sie doch nicht da wie Lots Weib und starren mich an! Ich bin es auch noch, wenn auch nicht mehr ganz vollkommen, sondern etwas komponiert —“ er deutete auf den letzten rechten Rockärmel — „augenblicklich ist der Armerfaj in Reparatur — das Original liegt irgendwo an der Somme —“  
(Fortsetzung folgt.)



## An die Leser der württ. Zeitungen!

Die alle wirtschaftlichen Zusammenhänge erschlüssende Geldentwertung hat für die Zeitungen einen Zustand geschaffen, der es den Verlagen unmöglich macht, sich auf die Dauer eines ganzen Monats an die Bezugspreise zu binden. Schon im Juli mußte von vielen Zeitungen zu den bei den Bezugsbedingungen vorbehaltenen Nacherhebungen geschritten werden. Die Verhältnisse haben sich inzwischen weiter verschlimmert, sie werden täglich unübersichtlicher und für die Aufrechterhaltung der Zeitungen gefährlicher.

Es muß deshalb ausdrücklich darauf hin gewiesen werden, daß die zu Beginn eines Monats nach den bis dahin bekannten Teuerungszuständen gewissenhaft berechneten Bezugspreise der Zeitungen nur als vorläufige zu gelten haben und daß jeder Bezugsnehmer verpflichtet ist, nach Zahlungen zu leisten, falls solche durch den Gang der Wirtschaftslage angefordert werden müssen.

Am Ende des Monats Juli stehen die Dinge so, daß das Reichswirtschaftsministerium für das Druckpapier einen 44 000fache des Vorkriegspreises ausmachenden Höchstpreis festsetzt, zu dem aber die Fabrikanten die Preisverweigerung, so daß die Zeitungen zur Zeit überhaupt kein Papier bekommen. Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter sind mit allen übrigen Herstellungskosten auf ungeheure Zahlen hinausgeschwollen. Die Zeitungsvorlage können sich in diesem alles mit sich reisenden unheilvollen Strom umso schwerer einen festen Stand sichern, als sie trotz aller Abwehr immer auf eine gewisse Zeitdauer mit ihren Preisen festgelegt sind, während die Ausgaben von Tag zu Tag unaufhaltsam drückend ansteigen.

Die übermäßigen Schwierigkeiten, denen die Presse jetzt ausgesetzt ist, sind kaum zu beschreiben, weshalb wir wiederum um einfüßiges Verständnis bitten, wenn jetzt Zeitungspreise ausstoszen, die lediglich unter dem Druck der bittersten Not festgesetzt werden mußten.

## Verein Württembergischer Zeitungverleger.

Unter Bezugnahme auf vorstehende Bekanntmachung bringen wir unseren Lesern zur Kenntnis, daß der vorläufige August-Bezugspreis für die Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ in gleichmäßiger Höhe von 50 000 Mk. festgesetzt werden muß. Dieser Preis ist freibleibend. Nachzahlung, die nur im zwingendsten Notfall erfolgt, bleibt vorbehalten.

Verlag der Schwarzwälder Tageszeitung  
„Aus den Tannen“

## Aus Stadt und Land.

Altenstele, 31. Juli 1923.

**Wiederkehr.** In einer leichten Woche in der Traube hier abgehaltenen Sängerversammlung wurde an Stelle des seit 19 Jahren als Schriftführer tätigen Herr Heinrich Heuser, der aus geschäftlichen Gründen von seinem Amt zurücktrat, Herr Richard Luz, Kaufmann, mit Stimmenmehrheit gewählt. Dem seitigen Schriftführer wurde vom Vorstand für seine treue und pflichtgetreue Mithilfe der wohlverdiente Dank ausgesprochen. Gleichzeitig wurde Herr Wilhelm Heuser, welcher schon über 10 Jahre seine Kraft dem Verein als Kassier widmete und 23 Jahre als pflichtgetreuer Sänger dem Verein angedient, zum Ehrenmitglied ernannt. Zum Schluß wurden noch verschiedene Resolutionsfragen von Sängern vorgenommen.

**Unfälle.** Sonntag Abend ereignete sich der verheerende Brand der Schneiderei Gaus hier, als er beim Ausfahren des Fuhrwerks, schnell aus diesem stieg, zu Fall kam und dabei einen Brand erlitt.

**Höhere Teuerungszuschläge für die Beamten.** Mit Wirkung vom 17. Juli ab sollen in Württemberg die Teuerungszuschläge zu dem Dienstlohn der Beamten in gleicher Weise erhöht werden, wie in der Reichsverwaltung, und zwar der allgemeine Teuerungszuschlag von 237 auf 374 Prozent, die örtlichen Sonderzuschläge in Stuttgart von 25 auf 50 Prozent, in Kornwestheim, Ruffenhäuser, Feuerbach, Friedrichshafen, Herrenald und Schwemningen von 17 auf 34 Prozent, an den anderen Orten, an denen örtliche Sonderzuschläge gewährt werden, von 8 auf 16 Prozent. Der Frauenzuschlag wird verdoppelt und damit auf 332 000 Mk. monatlich erhöht. Die Gemeinden und Amtsdörperschaften sind veranlaßt worden, mit Wirkung vom 17. Juli ab die Bezüge ihrer hauptberuflichen Beamten, Beamtenamtsräte usw. in gleicher Weise zu erhöhen, wie es für die Staatsbeamten geschehen ist.

**Die Volkshochschule Denkendorf** nimmt am 15. Oktober neue Schülerinnen (nicht unter achtzehn Jahren) für den fünfmonatigen Winterkurs auf, an den sich nach vierzehntägiger Pause als Fortsetzung der viermonatigen Sommerkurs anschließt. Der Unterricht umfaßt die theoretische und praktische Einführung in alle Zweige hauswirtschaftlicher Tätigkeit, einschließlich Nahrungsmittelkunde und häusliche Buchführung, Säuglingspflege, Gesundheitspflege und Gymnastik, Erziehungslehre, Heim- und Lebenskunde. Das Schulgeld wird monatlich nach Berechnung der Unkosten angesetzt. Von Landwirten nimmt die Schule gern Lebensmittel in Zahlung. Für besonders geeignete Fälle stehen Freistellen zur Verfügung. Diesbezügliche Gesuche sind baldigst zu richten an die Markellstiftung, Stuttgart, Hölberlinstraße 50. Alle sonstigen Anfragen an die Volkshochschule Denkendorf. Schluß der Anmeldung am 15. September.

**Gemeindeanteile an der Einkommensteuer.** Wie das Finanzministerium bekannt gibt, werden die Gemeinden demnächst als weitere Abschlagszahlung auf ihre Anteile an der Einkommen- und Körperschaftsteuer für 1923 das Abschlagsverhältnis der für das Rechnungsjahr 1921 vorläufig berechneten Anteile erhalten.

**Bezahlung von Fahrkarten mit Schecks.** Die ungewohnte Geldentwertung hat es mit sich gebracht, daß die Reisenden an den Fahrkartenschaltern der Eisenbahn mit ganzen Bündeln von Scheinen bezahlen, deren Anzahlung eine außerordentliche Verzögerung der Abfertigung verursacht. Um diesem Uebelstand zu begegnen, beabsichtigt die Reichsbahnverwaltung, ein Stundungssystem einzuführen, wie es bisher schon große Firmen, die regelmäßig Frachten aufgeben, für die Frachtabrechnung benutzen. Die Reichsbahnverwaltung hat mit der Deutschen Verkehrskreditbank, die diese Frachtenfinanzierung betreibt, eine Vereinbarung getroffen, nach der sie Schecks der Bank in Zahlung nimmt. Die häufig oder regelmäßig Reisenden, die einen großen Teil der Reichsbahnfahrerschaft ausmachen, werden also in Zukunft bei der Verkehrskreditbank ein Konto einrichten und mit deren Schecks die Fahrkarten zahlen. Diese Schecks gelten auch bei allen Verkehrsburcaus und sonstigen Stellen, bei denen Fahrkarten bezogen werden können.

**Die neue Gehaltsgrenze für die Angestelltenversicherung.** Durch eine Verordnung des Reichsarbeitsministers wird die Angestelltenversicherungsgrenze auf ein Jahresarbeitsverdienst von 78 Millionen Mk. festgesetzt. Wer also nicht mehr als 6,5 Millionen Mk. im Monat Gehalt bezieht, unterliegt der Versicherung. Aber das Ausscheiden der Angestellten aus der Versicherung erfolgt, sofern sie ein höheres Einkommen haben, erst mit dem ersten Tage des vierten Monats. Bis zu diesem Zeitpunkt ist natürlich die Grenze wieder wesentlich erhöht worden, so daß die Versicherungspflicht sich dauernd fortsetzt. Für die Krankenversicherung ist die versicherungspflichtige Lohn- oder Gehaltsgrenze auf 48 Millionen Mk. festgesetzt.

**August.** Der August hat seinen Namen nach römischen Kaiser Octavianus Augustus, der in dem Monat August die meisten seiner Siege erfochten haben soll. Bis auf Augustus hieß der Monat bei den Römern Sextilis, weil er im altrömischen Kalender der 6. Monat war. In den August fällt der größte Teil der Hundstage, die am 24. zu Ende gehen. Daraus ergibt sich, daß der August ein besonders heißer Monat sein soll. Daraus deuten auch die Bauernregeln hin, von denen eine lautet: „Was die Hundstage gesehen, muß die Traube büßen“, und eine andere: „Je weniger Regen im August, je mehr Wein.“ Ein Lusttag ist der 10. der Tag Laurentius. Von ihm heißt es: „Laurentius heiter und gut, einen schönen Herbst verheißt.“ Der August hat 31 Tage, von denen 4 Sonntage sind. Am 15. ist Maria Himmelfahrt, das in überwiegend katholischen Gegenden ein Feiertag ist. Die Abnahme der Tageslänge ist im August bereits recht merklich. Die Sonne geht am Ende des Monats morgens 33 Minuten später auf als am Anfang und abends am Monatsende 54 Minuten früher unter als am Anfang, so daß die Tage im Laufe des Monats über 1 1/2 Stunden kürzer werden.

**Der württ. Kriegerbund in Gefahr.** Unter dieser Ueberschrift erklärt das Bundespräsidium in der „Württembergischen Zeitung“ einen Aufruf, in dem darauf hingewiesen wird, daß die unaufhaltsam und gewaltig fortschreitende Geldentwertung den Bestand der seit nahezu einem halben Jahrhundert segensreich wirkenden Vereinigung schwer bedroht, die sich zur besonderen Aufgabe gemacht hat, den guten alten deutschen Geist, Vaterlandsliebe, Kameradschaft und Nächstenliebe, Pflichttreue und Selbstsucht zu erhalten und fortzupflanzen. Er wendet sich an seine Mitglieder um einen außerordentlichen Beitrag.

**Regel, 30. Juli.** (Vom Seminar — Öffentliche Volksschule.) Anfangs Juli wurde am hiesigen Seminar die erste Dienstprüfung abgeschlossen, bei der 29 Kandidaten die Befähigung zu arbeitsplanmäßiger Verwendung im Volksschuldienst erhielten. Leider sind die Aussichten für baldige Anstellung im Schuldienst z. Zt. nicht günstig. Nach einer amtlichen Mitteilung im Staatsanzeiger vom 12. Juli d. Jt. werden die Lehramtsbewerber bis zur dauernden Anstellung mit einer Wartezeit von 2—3 1/2 Jahren rechnen müssen. Einstweilen suchen diese jungen Leute in anderen Berufen unterzukommen, um ihren Lebensunterhalt endlich selbst bestreiten zu können. Das Seminar hat vom 28. Juli bis 2. September Ferien. — Am Samstag sprach in einer von der soziald. Partei einberufenen gut besuchten Versammlung im Traubensaal Landtagsabg. Ulrich über das Thema: „Aufklärung über Rechtsirrtümer und Bürgerkrieg“. Der Redner wies in der Beurteilung auf den Kampf hin, den das deutsche Volk an Rhein und Ruhr kämpfte und der auf Leben und Tod gehe. Frankreichs Aktion sei ein Aktentat auf das Leben des deutschen Volkes mit der Befreiung des Rhein- und Ruhrgebietes und der Zerstückelung der deutschen Einheit als Ziel. Er betonte die Notwendigkeit, daß das deutsche Volk zusammenstehe und erblickt in den Faschisten und Nationalsozialisten eine Gefahr für Deutschland. Er wandte sich scharf gegen Brüner jr., u. verurteilte Krieg u. Bürgerkrieg als höchsten Unfug. Im übrigen sei ein Volk nur dann verloren, wenn es sich selbst aufgibt und hofft, daß das Volk der Weltgeschichte auch einmal Vorneure und seine Politik zermalmen wird. An die Ausführungen des Redners knüpfte sich noch eine Diskussion.

**Stuttgart 30. Juli.** (Ankunft vertriebener Eisenbahner.) Montag mittag traf ein weiterer, nun der dritte Transport ausgewiesener Eisenbahner auf dem Hauptbahnhof ein. Es waren 334 Personen, darunter 84 Kinder, aus Mainz und Umgebung, die vorläufig im Oberland Unterkunft finden sollen.

**Der kommunistischen Partei Württembergs veranfaßten Kundgebungen** sind im ganzen Lande ohne Zwischenfall verlaufen. Die Landeshauptstadt hatte ihre gewöhnlichen sonntäglichen Aussehen an der „großen“ Kundgebung in Ludwigsburg betriebligen sich meist sehr jugendliche Personen. Gegenüber dem Umgang beobachtete die Polizei taktvolle Zurückhaltung und die Reichswehr war in den Straßen nicht zu sehen. Nur an einer Stelle wurden, wie der Schwab. Tagewacht zu entnehmen ist, Schmährufe laut, nämlich vor der Wohnung des Abgeordneten Keil.

**Ludwigsburg, 30. Juli.** (Abgefahr.) Der 20-jährige Kaufmann August Keller hatte mit einigen Freunden den Breitenstein aufgesucht, um sich an einer verfrähten Sonnenwendfeier zu beteiligen. Hierbei wurde, wie es scheint, zu nahe dem Abzug, ein Feuer angezündet, über das die jungen Leute nach alter Sitte hinwegdrangen. Keller sprang als letzter, glitt aber auf seinen Sandalen aus und verfiel zum Entsetzen seiner Freunde im nächsten Augenblick über den Berggrind in der Tiefe. Man fand Keller an einem Baum hängend, der den weiteren Sturz aufgehalten hatte. Er gab zwar noch schwache Lebenszeichen herab, aber bald darauf.

**Stuttgart, 30. Juli.** (Uebervahren.) Am Sonntag wurde die Witwe Frau Senerke mit ihrem vierjährigen Sohnen von einem Kraftfahrzeug angefahren. Die Mutter erlitt Verletzungen, das Kind ist tot.

**Gaidorf, 30. Juli.** (Eine Verlobung mit Hindernissen.) Auf der Fahrt zur Verlobung wurde hier ein Schwindler, welcher sich seiner Braut gegenüber als reicher Gutsbesitzer Sohn und Gartenarchitekt ausgab, durch Landjäger festgenommen und dem Amtsgericht eingeliefert. Die Persönlichkeit desselben ist noch nicht festgestellt, da er sich dauernd falscher Namen bedient. Die für seine Braut mitgebrachten Fähigkeiten in Form mehrerer Tafeln Schokolade hat sich nun der Bräutigam entschlossen, selbst im Gefängnis zu verzehren.

**Schla, 30. Juli.** (Großfeuer im Schwarzwald.) Freitag nachmittag brach aus bis jetzt noch unbekannter Weise im Holzschuppen des Landwirts Kindler Feuer aus, das von dem Südweststurm rasch auf die an der Straße nach Reudingen gelegenen Häuser des Ortes übergriff. Bald standen sechs weitere Anwesen und zwei Volkshausgebäude in Flammen und brannten bis auf die Grundmauern nieder. Zur Bekämpfung des ausgedehnten Brandes waren die Wehren und Völkermannschaften der umliegenden Ortschaften eingetroffen. Leider trafen diese infolge mangelhafter Telefonverbindungen am Brandplatz sehr spät ein. Sie mußten sich hauptsächlich darauf beschränken, die Weiterverbreitung des Feuers zu verhindern. Vieh und Fahrnisse der Brandgeschädigten konnten gerettet werden. Durch die Vernichtung der frisch eingeholten Heuernte erlitten die Abgebrannten große Verluste. Gegen 8 Uhr konnte das Großfeuer als lokalisiert betrachtet werden. Wie die „Bad. Presse“ meldet, wird kurzfristig als Brandursache vermutet.

## Buntes Allerlei.

**Harding erkrankt.** Reuter zufolge ist Präsident Harding, der sich auf dem Wege nach Yosemitepark befindet, an Fleischvergiftung erkrankt.

**Folgenschwerer Streit zwischen Vermietern und Mietern.** In Blankenburg gerieten Baron von Minnigerode und sein Mieter, der Kaufmann Sommer, in Streit, der schließlich in Tötlichkeiten ausartete. Bald darnach fand man den Baron tot in seiner Wohnung auf. Sommer wurde unter dem Verdacht des Totschlags verhaftet.

**Wiederaufbau des Steinertembels.** In einer zu Vornach stattgefundenen, aus fast allen Ländern der Erde besuchten Versammlung der Anthroposophischen Gesellschaft wurde der Wiederaufbau des in der Neujahrsnacht durch Feuer zerstörten Goetheanum beschlossen. Wenn auch von selten der Deutschen im Hinblick auf die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in materieller Hinsicht keinerlei Beitrag wird geleistet werden können, so hofft man doch, die zum Wiederaufbau notwendigen Mittel zusammenzubringen. Die gesamte bankrottierliche Leitung liegt in den Händen Dr. Steinerters.

**Berggasse Kleie.** Einem Landwirt in Felsleben gingen vor einiger Zeit drei junge Pferde ein. Die eingeleitete Untersuchung ergab, daß die Pferde an Kleie eingegangen sind, die mit Chloralkali vergiftet war. Der Täter ist nicht bekannt.

**Große Gewitterschäden.** Ueber die Merseburger Gegend ging ein heftiges Gewitter mit Hagelschlag nieder. Viele Keller wurden überflutet. Es ist großer Schaden an der Getreide- und Obsterte angeichtet worden.

## Handel und Verkehr.

Die amtlichen Devisen vom Montag.

Die Notierungen sind in Berlin u. Frankfurt dieselben.

Dollarstand: 1 097 250 G., 1 102 750 Br.

Amsterdam	428 925 G., 431 075 Br.
Brüssel	52 867 G., 53 132 Br.
Christiana	175 500 G., 176 440 Br.
Kopenhagen	195 510 G., 196 490 Br.
Stockholm	290 272 G., 291 727 Br.
Trieste	47 880 G., 48 120 Br.
London	4 987 500 G., 5 012 500 Br.
Paris	63 840 G., 64 160 Br.
Schweiz	194 512 G., 195 487 Br.
Spanien	155 610 G., 156 390 Br.
Deutsch-Oesterreich	1596 G., 1604 Br.
Prag	10 972 G., 11 027 Br.
Buenos Aires	369 075 G., 370 925 Br.

**40,03 Billionen als schwedende Schuld des Reichs.** In der 2. Julidelade ist die schwedende Schuld des Reichs um 11,89 Billionen Mk. auf insgesamt 40,03 Billionen Mk. gestiegen. Der tägliche Zuwachs aber Schritt also zum erstenmal den Betrag von einer Billion.

**Drei Millionen Papiermark für ein Zwanzigmarkstück.** Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank erfolgt von heute an zum Preise von drei Millionen Papiermark für ein Zwanzigmarkstück. Für Reichsilbermünzen wird der 50 000fache Betrag des Nennwertes bezahlt.

**Der deutsche Gegenwert des Goldfranken** bei der Gebührenerhebung im Auslands-Paket, Rettungs-, Telegramm- und Fernsprechverkehr ist mit Wirkung vom 30. Juli ab auf 184 000 Mk. festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch bei der Wertangabe auf Paketen und Briefen sowie auf Käufen mit Wertangabe nach dem Ausland anzuwenden.

